



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 30. September 2009

Aus Berlin

Gesundheitspolitische Forderungen an die neue Bundesregierung

Nach dem Regierungswechsel verlangen Krankenkassen und Ärzteschaft schnelle Reformen im Gesundheitssystem. „Bürokratie und Regulierung müssen dringend auf das notwendige Maß reduziert werden.“ Das hat KBV-Vorstand, Dr. Carl-Heinz Müller am vergangenen Montag von der neuen Bundesregierung gefordert. Des Weiteren sprach er sich für einen geregelten Vertragswettbewerb aus. „Wenn wir eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung mit niedergelassenen Hausärzten, Fachärzten und Psychotherapeuten in ganz Deutschland erhalten wollen, brauchen wir den Kollektivvertrag als Grundlage“, sagte Müller. Auch der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), Dr. Axel Munte, rechnet mit einer Korrektur der bisherigen Honorarreform. Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, hofft nun auf eine neue Vertrauenskultur im Gesundheitswesen sowie auf eine Stärkung der ärztlichen Freiberuflichkeit. Die gesetzlichen Kassen verlangten eine stärkere finanzielle Unterstützung. Der Verbandschef der Ersatzkassen, Thomas Ballast, forderte, die Steuerzuschüsse für den Gesundheitsfonds aufzustocken und die Mittel aus dem Finanztopf anders zu verteilen. ([KBV-Pressemitteilung, 28. September](#), [Pressemitteilung der KVB, 28. September](#), Agenturmeldung, 28. September)

Schmidt verliert Aachener Wahlkreis an CDU-Kandidat und MB-Vorsitzenden Henke

Zusätzlich zur Wahlniederlage der SPD musste die scheidende Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ihren Aachener Wahlkreis abgeben. Das dortige Direktmandat gewann Rudolf Henke (CDU), Vorsitzender des Marburger Bundes (MB), mit 39 Prozent der Stimmen. Schmidt unterlag mit 29,9 Prozent. Seit 1995 ist Henke Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dort ist er seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Die SPD-Politikerin amtiert seit dem Jahr 2001 als Bundesgesundheitsministerin. Schmidt bleibt der Bundespolitik jedoch erhalten: Sie zieht über die Landesliste in den neuen Bundestag ein. Von der Gesundheitspolitik will sie sich jedoch verabschieden, teilte die Ministerin mit. (Agenturmeldungen, 28., 30. September, [Pressemitteilung des Marburger Bundes, 28. September](#))

Korruptionsstelle in Hessen soll Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen bekämpfen

Zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen hat die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft eine eigene Abteilung eingerichtet. In der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Vermögensstraftaten und Korruption im Gesundheitswesen“ sollen hessenweit Ermittlungsverfahren wegen Abrechnungsbetrugs gegen Ärzte, Apotheker, Psycho- und Physiotherapeuten, Sanitätshausbetreiber, Hebammen und Betreiber von Pflegediensten geführt werden. (Agenturmeldung, 30. September)

Aus KBV und KVen

Kooperationstagung: flächendeckende Versorgungskonzepte für Demenz gefordert

„Bei der Versorgung Demenzkranker geht es darum, sektoren- und berufsgruppenübergreifende Netzwerke zu bilden und gemeinsam best mögliche Lösungen für Betroffene und ihre Angehörigen zu finden. Wir fordern deshalb die Einführung kassenübergreifender Versorgungsverträge.“ Das hat Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV, am vergangenen Sonnabend auf der Kooperationstagung „Demenz – Gemeinsam für eine bessere Versorgung“ in Berlin gesagt. Die Tagung veranstalteten die KBV und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin. Sie richtete sich vor allem an niedergelassene Ärzte die gemeinsam mit Experten über die Bedürfnisse von Demenzkranken und deren Angehörigen, eine bessere Versorgung sowie einen effizienteren Mitteleinsatz diskutieren konnten. Zu den Referenten zählten Prof. Lutz Frölich vom Zentralinstitut für seelische Gesundheit, Dr. Frank Bergmann, Vorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Nervenärzte, und Sabine Jansen, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. ([KBV-Pressemitteilung, 29. September](#))

Konzept zur Versorgung älterer Menschen ausgebaut

Neue Wege in der Versorgung von älteren Menschen gehen die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Mecklenburg-Vorpommern und die AOK Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit der Uhlenhaus GmbH. Mit Unterstützung des Landessozialministeriums haben die Partner mit dem Versorgungsvertrag zur ambulanten, geriatrischen Komplexbehandlung ein gemeinsames Konzept entwickelt, das eine wohnortnahe, komplex intensiviertere geriatrische Versorgung in der Region Stralsund gewährleistet. Dies ist, neben einer bereits seit 2008 arbeitenden Einrichtung in Waren, das zweite Versorgungsmodell dieser Art. Ziele der Vertragspartner sind vor allem der Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen in ihrer häuslichen Umgebung, die Vermeidung oder Verminderung von Pflegebedürftigkeit und die Verbesserung der Gesundheit sowie der Lebensqualität. ([Gemeinsame Pressemitteilung von KV Mecklenburg-Vorpommern, AOK Mecklenburg-Vorpommern und Uhlenhaus GmbH, 25. September](#))

Vertragsärzte auf saisonale und Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe) vorbereitet

Die Vertragsärzte in Nordrhein-Westfalen sind bereit, die Landesregierung bei der Impfkampagne gegen die Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe) zu unterstützen. Rund 4.000 Hausarztpraxen haben eine Anfrage der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) positiv beantwortet. „Damit steht einer erfolgreichen Impfkampagne nichts mehr im Weg“, so Dr. Leonhard Hansen, Vorstandsvorsitzender der KV Nordrhein. Die KV hatte sich bei der Landesregierung dafür eingesetzt, dass niedergelassene Ärzte in ihren Praxen die Gesundheitsämter bei der Impfkampagne unterstützen. Nordrhein-Westfalen will am 26. Oktober mit der Impfung starten.

Die KV Rheinland-Pfalz hat indessen den medizinischen Sinn der saisonalen Grippeimpfung bekräftigt. Sie wendet sich damit gegen das Vorhaben der AOK Rheinland-Pfalz, diese Leistung für den Zeitraum 2009/2010 nicht mehr für alle Versicherten zu übernehmen. „Die Komplikations- und die Sterblichkeitsrate bei der saisonalen Influenza ist deutlich höher als bei der Neuen Influenza. Aber gerade in der kommenden Saison ist erstmals das Risiko einer Vermischung der Virenstämme tatsächlich real, und die Experten raten eindringlich, gegen die saisonale Grippe und die Neue Influenza zu impfen.“, kommentiert Dr. Michael Siebert, Vorstandsmitglied der KV Rheinland-Pfalz. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KVen Nordrhein und Westfalen-Lippe, 30. September](#), [Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 29. September](#))

Informationstag zur Darmkrebsprävention in Berlin

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin und die Initiative „Berlin gegen Darmkrebs“ des Vereins gastroenterologisch tätiger fachärztlicher Internisten in Berlin e.V. setzten sich erneut für Darmkrebsprävention ein. In der Wilmersdorfer Straße boten sie allen Interessierten am 30. September einen Rundgang durch Europas größtes Darmmodell sowie Informationen über die Möglichkeiten der Darmkrebsvorsorge an. „Unser Ziel ist, dass die Berliner durch den Besuch des Modells ein Risiko-Bewusstsein mitnehmen“, erklärte die KV-Vorsitzende Dr. Angelika Pohn. „Leider nutzen nach wie vor zu wenig Menschen die Möglichkeiten der Vorsorge“, so Pohn. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KV Berlin und der Berliner Initiative gegen Darmkrebs, 28. September](#))

KVN zeichnet innovatives Versorgungsmodell in Stade aus

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat das Projekt „Frühe Hilfen – damit es Ihrem Kind gut geht“ aus dem Landkreis Stade mit dem KVN-Gesundheitspreis 2009 ausgezeichnet. Dieser ist mit 5.000 Euro dotiert. „Das ganzheitliche, fach- und sektorenübergreifende Versorgungsangebot für Familien mit Kindern, bei denen medizinischer Unterstützungsbedarf besteht, hat die Jury überzeugt“, sagte der Vorsitzende der KVN, Eberhard Gramsch, bei der Preisverleihung am 24. September in Hannover. Nach zwei Jahren Vorbereitungszeit startete Bernhard Vogel im Januar gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe aus vielen verschiedenen Arbeitsbereichen aus der Region Stade das Projekt „Frühe Hilfen“. Ziel ist es, präventiv Kindervernachlässigung zu vermeiden. Der Gesundheitspreis 2009 der KVN wurde in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben. Die KVN möchte mit diesem Preis innovative und vorbildliche Ansätze in der Prävention und integrierten Versorgung auszeichnen. ([Pressemitteilung der KVN, 25. September](#))

Aus den Verbänden

Katalog der Krankenhaus-Fallpauschalen für 2010 verabschiedet

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) haben sich auf die maßgeblichen Bausteine des Fallpauschalensystems 2010 geeinigt. Die Beteiligten sind überzeugt, dass die Selbstverwaltung damit eine sachgerechte und tragfähige Lösung für die komplexen Anforderungen in der Krankenhaus-Finanzierung gefunden hat. Kernelement der Fallpauschalenvereinbarung 2010 ist ein entsprechender Katalog, der im kommenden Jahr insgesamt 1.200 verschiedene abzurechnende Fallpauschalen enthält. Damit verfügt der im Vergleich zum Vorjahr überarbeitete und verbesserte Katalog über acht zusätzliche Fallpauschalen. Die Selbstverwaltungspartner sind sich einig, dass mit dem neuen Katalog das komplexe Behandlungsgeschehen noch genauer abgebildet und dadurch weiterhin adäquat vergütet werden kann. Änderungen erfolgten insbesondere im Hinblick auf die verbesserte Abbildung aufwendiger Fälle. ([Gemeinsame Pressemitteilung der DKG, des GKV-Spitzenverbands und des Verbands der PKV, 30. September](#))

Ärztikammern schließen Befragung zu Weiterbildungsqualität ab

Um eine Strategie für die Qualität der Weiterbildung zu finden, führen die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern seit Juni 2009 eine Online-Umfrage durch. Die Befragungsphase hierzu ist inzwischen abgeschlossen. Die Kammern wollen mit den Erkenntnissen der Studie die Weiterbildung für die Zukunft qualitativ sichern und verbessern und dem Ärztemangel somit entgegenwirken. Im Januar 2010 sollen die Auswertungen vorliegen.

Kritisch äußerte sich der Hartmannbund über die Rücklaufquoten der Befragung. Etwa ein Drittel der den Ärztekammern gemeldeten Weiterbildungsassistenten nahm an der Erhebung teil. Bei den Weiterbildungsbefugten lag die Rücklaufquote hingegen bei über 60 Prozent. „Die Projektleiter haben jetzt zu klären, worauf das augenfällige Missverhältnis der Teilnehmerzahlen zurückzuführen ist“, sagte Klaus-Peter Schaps vom Hartmannbund. „Wenn die Kammern schon gemeinsam eine so umfangreiche Befragung in Angriff nehmen, sollte das Ergebnis nicht durch Verfahrensfehler an mangelnder Aussagefähigkeit leiden“, so Schaps. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 25. September, Pressemitteilung des Hartmannbundes, 30. September](#))

Zusammenschluss zur größten AOK steht bevor

Die AOK Rheinland-Hamburg und die AOK Westfalen-Lippe wollen am 15. Oktober ihre offiziellen Fusionsverhandlungen beginnen. Durch die Fusion wären sie die viertgrößte Krankenkasse in Deutschland und die größte AOK. Zusammen hätten sie fünf Millionen Versicherte und 13.000 Beschäftigte. Arbeitsplätze würden durch die Fusion nicht wegfallen. Die neue Kasse könnte am 1. Juli 2010 oder 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen. (Agenturmeldung, 25. September)

Mehr Gehalt für die Ärzte an der Berliner Charité

Um durchschnittlich 11 Prozent steigen die Gehälter der 2.200 Ärzte an der Charité ab dem 1. Oktober. Sie erreichen somit den Tarifstandard der anderen Universitätskliniken im Bundesgebiet. Darauf haben sich der Marburger Bund und das Berliner Universitätsklinikum Charité verständigt. Zum 1. September 2010 erhöhen sich die Gehälter noch einmal linear um 3,9 Prozent. Vertraglich vereinbart wurden auch Neustrukturierungen in der Arbeitszeitgestaltung der Ärzte. Darüber hinaus sollen die Verhandlungspartner innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Tarifvertrages Modelle entwickeln, um Zusatzqualifikationen bei der Vergütung von Fachärzten angemessen zu berücksichtigen. In weiteren Verhandlungen soll auch über die Erhöhung des Nachtzuschlages unter Berücksichtigung des Wegfalls von Wechselschicht- und Schichtzulagen Einigkeit erzielt werden. Im März 2007 hatten der Marburger Bund und die Charité den ersten arzt-spezifischen Tarifvertrag für das Universitätsklinikum (TV-Ärzte-Charité) abgeschlossen. Diesen Vertrag kündigte der Marburger Bund zum 30. Juni 2009. ([Pressemitteilung des Marburger Bundes, 29. September](#))

Aus der Welt

Zusammenarbeit bei der Krebsbekämpfung soll EU-weit gestärkt werden

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou haben mit mehr als 300 Krebsorganisationen, Patienten, Beschäftigten des Gesundheitswesens und Vertretern von Gesundheitsbehörden in Brüssel die Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung ins Leben gerufen. Kommissionspräsident Barroso erklärte: „Die Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung wird es uns ermöglichen, zusammenzuarbeiten und damit die europäischen Ressourcen, Erfahrungen und Mittel besser einzusetzen.“ Ziel ist es, die einschlägigen Organisationen zusammenzuführen, damit sie ihre Erfahrungen miteinander teilen. Zudem besteht die Herausforderung darin, die Zahl der Neuerkrankungen in der EU um 15 Prozent bis 2020 zu senken. ([Pressemitteilung der EU-Kommission, 29. September](#))

Deutsches Gesundheitssystem bietet laut EU-Index gutes Preis-/Leistungsverhältnis

Deutschland besitzt weiterhin eines der besten Gesundheitssysteme Europas. Das geht aus dem Europa-Gesundheitskonsumenten-Index 2009 (EHCI) des Brüsseler Analyse- und Beratungsunternehmens Health Consumer Powerhouse hervor. Bei der jährlichen Studie zu den 33 europäischen Gesundheitssystemen belegt Deutschland wie im Vorjahr den 6. Platz. Die Niederlande führen die Rangliste zum zweiten Mal in Folge an, gefolgt von Dänemark, Island und Österreich. „Deutschland hat vermutlich das Gesundheitssystem mit den wenigsten Beschränkungen und der größten Verbraucherorientierung in Europa, das den Patienten ermöglicht, nahezu jede Art der Behandlung zu verlangen, wenn sie es wünschen. Und dies zu durchaus durchschnittlichen Kosten“, stellte Dr. Arne Björnberg, Leiter des EHC, fest. Deutschland punktet besonders durch kurze Wartezeiten auf Behandlung sowie den Zugang zu Arzneimitteln. Schwächen gibt es jedoch bei E-Health. Auch die deutschen Behandlungsergebnisse stehen im europäischen Vergleich nicht an der absoluten Spitze. „Dies liegt vermutlich an der hohen Anzahl eher kleinerer allgemeiner Krankenhäuser in Deutschland, die sich nicht spezialisieren“, sagte Björnberg. ([Pressemitteilung des Health Consumer Power House, 28. September](#))

Außerdem

Möglichkeiten der Früherkennungsuntersuchungen oft überschätzt

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat darauf hingewiesen, dass Früherkennungsuntersuchungen nicht immer sinnvoll sind. Vor- und Nachteile müssen abgewogen werden. „Krankheiten früh zu erkennen, kann erst dann sinnvoll sein, wenn man sie dadurch besser behandeln kann, dies also zu besseren gesundheitlichen Ergebnissen führt“, sagte Prof. Peter Sawicki, Leiter des IQWiG. „Vorsorgeuntersuchungen versprechen das Vermeiden von Erkrankungen und wecken dadurch Hoffnungen. Dieses Versprechen wird in Studien zum konkreten Patientennutzen aber nicht immer eingelöst“, stellte Sawicki klar. Zum einen könnten Früherkennungen Sicherheit vortäuschen. Aber auch der beste Test könne eine Erkrankung übersehen. Zum anderen könne irrtümlich etwas Verdächtiges festgestellt werden. Oder eine Krankheit wird durch eine Untersuchung zu früh entdeckt. „Patienten haben auch ein Recht auf Nichtwissen, vor allem dann, wenn sich aus dem Wissen kein gesundheitlicher Nutzen ergibt“, sagt der IQWiG-Leiter. „Genetische Tests auf Erkrankungen, für die es noch gar keine wirksame Behandlung gibt, können junge Menschen beispielsweise enorm belasten.“ Das Institut informiert zu Früherkennungen auf www.gesundheitsinformation.de. ([Pressemitteilung des IQWiG, 30. September](#))

Größere Anstrengungen zur Vorbeugung von Selbsttötungen gefordert

Mediziner und Psychologen haben anlässlich der Herbsttagung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) vom 25. bis 27. September in Berlin größere Anstrengungen zur Vorbeugung von Selbsttötungen gefordert. In Deutschland gebe es nach wie vor „weit mehr Tote durch Suizide als durch Verkehrsunfälle“, sagte Elmar Etzersdorfer, Vorsitzender der DGS. Zwar ist die Zahl der Todesopfer durch Suizide seit einigen Jahren rückläufig. Vor dem Hintergrund möglicherweise steigender Arbeitslosenzahlen in Zeiten der Wirtschaftskrise sind laut DGS jedoch verstärkte Präventionsbemühungen notwendig, da die Zahl der Selbsttötungen während ökonomischer Umwälzungen häufig ansteige. (Agenturmeldung, 25. September)

KOMPAKT- Zahl der Woche: 9

Neun Millionen gesetzlich Krankenversicherte erhalten am 1. Oktober eine elektronische Gesundheitskarte. Die Krankenkassen geben die Chipkarten zunächst in der Testregion Nordrhein aus. Bundesweit soll die Karte bis Ende 2010 schrittweise eingeführt werden und die bisherige Versichertenkarte ersetzen. Weitere Informationen unter www.gematik.de.

Aus dem Terminkalender

| | |
|-----------------------|--|
| 06.10.09 | Symposium „Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt“ Berlin |
| 08.10.09 | Vertreterversammlung der KV Berlin Berlin |
| 09.10.09- 10.10.09 | 3. Norddeutsche Fortbildungstage für Ärzte Hamburg |
| 29.10.09 | KBV kontrovers: Ambulant/stationär: Kooperation oder Konfrontation? Berlin |

| | |
|-----------------------|--|
| 09.11.09 | Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses 2009 Berlin |
| 23.11.09- 28.11.09 | Klinische Fortbildung für hausärztlich tätige Allgemeinmediziner und Internisten Berlin |

Aus der Presse

Forderungen an Schwarz-Gelb

„Wir brauchen nun endlich eine nachhaltige Gesundheitsreform, die mehr leistet als eine reine Kostendiskussion.“ Das hat KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller von der neuen Bundesregierung gefordert. Darüber berichtet die Welt. Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, verlangte eine neue Vertrauenskultur im Gesundheitswesen. Die Zahnärzte erwarten eine „Anpassung des Gesundheitswesens an die Realität“, so die Welt. Nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch in der Wirtschaft stellen die Akteure vielfältige Forderungen an Union und FDP. (Die Welt, 29. September)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: ivelikova@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, cehrlich@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>